

Ostfriesische Tageszeitung

Verkündungsblatt der NSDAP. und der DAF.



Amtsblatt aller Behörden Ostfrieslands

Verlagspostamt: A. 7. 4. Verlagsort: Emden, Blumenstraße, Fernruf 2061 und 2082. — Postfachkonto Hannover 349 49. — Bankkonten: Stadtpostamt Emden, Ostfriesische Sparkasse Aurich, Kreispostamt Aurich, Bremer Landesbank, Zweigniederlassung Oldenburg. Eigene Geschäftsstellen in Aurich, Norden, Emden, Wilhelmshaven, Leer, Weener und Papenburg.

Erscheint werktäglich mittags. Bezugspreis in den Stadtgemeinden 1.70 RM und 4 Pf. Bezugspreis, in den Landgemeinden 1.65 RM und 61 Pf. Belegpreis. Postbezugspreis 1.80 Reichsmark einchl. 33,96 Pf. Postzeitungsgebühr: zusätzlich 80 Pf. Belegpreis. — Einzelpreis 10 Pf. Anzeigen sind nach Möglichkeit am Vortage des Erscheinens aufzugeben.

Folge 269

Mittwoch, den 15. November

Jahrgang 1939

Lord George befürchtet Vergeltung

Großbritanniens schlechtes Gewissen nach dem Münchener Bombenanschlag

Blockade ohne Aussichten

(Von unserem Vertreter in Kopenhagen)

Kopenhagen, 15. November.

Lord George gibt in seinem neuesten Wochenartikel der Befürchtung Ausdruck, daß das englische Volk erfüllt ist: daß dem Münchener Attentat ein Vergeltungsschlag gegen England folgen könnte. Gegenwärtig sei, so schreibt er, die im Vordergrund stehende Frage nicht die, wann der Krieg ausbrechen, sondern wann er beginnen werde. Es werde weniger an der Front als im Rundfunk gekämpft. Lord George würdigt in diesem Zusammenhang die Münchener Rede des Führers als deutliche Einleitung eines Großkampfes. Die Münchener Bombe habe eine nicht unnatürliche Rückwirkung im deutschen Volk ausgelöst. Auf jeden Fall sei es einleuchtend, daß der Krieg nicht in der bisherigen Weise weitergehen könnte. Ein Sturm auf gegen die Befestigungslinien sei nicht sehr wahrscheinlich, wohl aber müsse man sich vorbereiten auf Luftangriffe gegen Schiffe und Hafenanlagen in einem vorher nicht für möglich gehaltenen Umfang.

Lord George erklärt weiter, er glaube nicht an einen deutschen Angriff auf die Maginot-Linie; aber er fügt hinzu, daß die französischen und englischen Soldaten den gleichen Schicksalsgefahren begehen würden wenn sie versuchen sollten, den Westwall zu durchbrechen. In Bezug auf Englands Vertrauen auf die Blockade als diejenige Waffe, von der der Sieg erhofft werde, äußert sich Lord George sehr skeptisch. Die Blockade als Hebel der Bedrohung, wäre, so meint er, eine sichere Rechnung, wenn Rußland auf Englands Seite stehen würde, und wenn man Garantien dafür hätte, daß weder Rußland noch Italien, Ungarn oder Rumänien Deutschland mit Lebensmitteln, Oelen, Metallen und anderen Rohstoffen versorgen. Deutschland hat große Vorräte aufgeschichtet in der Erwartung, daß auch Rußland im feindlichen Lager stehen würde, wenn die Feindschaften beginnen sollten. Man müsse mit großen Lieferungen Rußlands rechnen.

Lord George gibt sich insofern der von Churchill ausgestreuten Täuschung hin, als er sich und seinen Lesern einredet, der U-Boot-Krieg sei eine Enttäuschung für die deutsche Admiralität. Er verrät aber starke Bedenken darüber.

Kopfsprengung auf deutsche U-Boote

(Von unserem Vertreter in Amsterdam)

Amsterdam, 15. November.

Da trotz aller gegenteiligen Versicherungen Churchills die Erfolge der deutschen U-Boot-Waffe ihren Fortgang nehmen, scheint die britische Regierung den Gedanken zu erwägen, für „erlegte U-Boote“ eine hohe Belohnung auszusprechen. Nach einer Meldung des „Sunday Express“ soll der Plan erwogen werden, Piloten der britischen Luftwaffe mit einhundert Pfund auszuzeichnen, falls sie ein deutsches Unterseeboot zur Strecke bringen würden. — Eine Gemeinheit, die die in Kolonialkriegen bewährte „Mitternacht“ der Engländer um einen Beleg bereichert.

Diplomatische Tätigkeit in Holland

Ministertreffen in Breda - Die Wirkung der westlichen Lügen

(Drahtbericht uns. Vertreters in Amsterdam)

Amsterdam, 15. November.

Holland stand in den letzten Tagen im Zeichen einer erhöhten diplomatischen Tätigkeit. Nachdem im Haag die Antwortnoten aus England und Frankreich auf den neuen Vermittlungsvorschlag eintrafen, hatte Außenminister van Kleffens eine mehrstündige Unterredung mit dem belgischen Außenminister Spaak; die beiden Minister trafen sich in der Ortschaft Breda im Südteil der Niederlande. Obwohl keine offizielle Verlautbarung über den Inhalt der Besprechungen ausgegeben wurde, nimmt man allgemein an, daß man sich mit der

England mehr bedroht als Deutschland

Düstere Ausblicke Garvins - Die deutsche Luftüberlegenheit

(Von unserem Vertreter in Amsterdam)

Amsterdam, 15. November.

In der letzten Zeit war die englische Presse voll von schöngeschilderten Berichten, die meist aus der Feder der englischen Sensationsjäger aus der französischen Etappe stammten, und die von „großartigen Erfolgen“ der britischen Luftwaffe und meistens sogar von einer Überlegenheit gegenüber Deutschland sprachen. Gegenüber diesen britischen Wunschträumen erhebt Lord George im „Sunday Express“ seine Stimme. Er rät dringend davon ab, die deutsche Luftwaffe zu unterschätzen. So heißt es in dem bemerkenswerten Artikel, Deutschland habe seine Luftüberlegenheit über die Westmächte bisher noch nicht ausgenutzt. Die große Prüfung stehe noch bevor. Falls es in der Zukunft

zu einem größeren Luftkampf kommen sollte, dann könnte der Ausgang des Kampfes für den weiteren Verlauf des Krieges von ebenso großer Entscheidung sein wie die Marneeschlacht im Weltkrieg.

Auch Garvin, der noch sichtlich unter der Einwirkung der Führerrede steht, bescheidet mit größtem Widerwillen der deutschen Luftwaffe ihre Überlegenheit. Im gegenwärtigen Augenblick, so schreibt er im „Observer“, könnte Deutschland England mehr bedrohen als England Deutschland. Niemals hätte eine englische Regierung es erlauben dürfen, daß Deutschland die starke Stellung erreicht hätte. Garvin fordert dann, daß England keinen Monat unnütz verstreichen lassen sollte, um Deutschland die Luftüberlegenheit aus den Händen zu reißen.

Churchill kämpft gegen die Hunnen!

Die neueste Rede des Meisterlügeners - „Krieg bis zum äußersten“

(Von unserem Vertreter in Kopenhagen)

Kopenhagen, 14. November.

Churchills Rede mit der Ankündigung des Krieges bis zum äußersten gegen „Hitler und seine Hunnen“ bildet in den meisten neutralen Blättern Ständebild, unmittelbar neben die Antwort des englischen Königs an Belgien-Holland steht, den besten Kommentar zu der Scheinheiligkeit der amtlichen englischen Versicherungen über eine sogenannte Friedensbereitschaft.

Nach den lügenhaften Bemerkungen, daß die ersten zehn Wochen Krieg für die Alliierten gut verlaufen seien, wirkt die Rede in ihrem Kernstück, nämlich der Ankündigung, daß „entweder“ England und seine Trabanten oder Deutschland vernichtet werden würden, geradezu prophetisch-realistisch. Auch die Stelle über Chamberlain, den Churchill nunmehr endgültig als gefügiges Werkzeug seiner eigen-

nen Politik belächelt, wirkt aufschlußreich. Die Betrachtungen über „deutsche Drohungen“ vertragen deutlich die Kurztat Englands, und die neuen Anbiederungsversuche an Italien, Japan, Rußland und die Vereinten Staaten können gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt nur allgemein als Schwächezeichen ausgelegt werden.

Die Kopenhagener Presse kennzeichnet die Rede des Hauptkriegsschuldigen und Hauptkriegsverlängerers mit großen Ueberschriften wie „Churchill proklamiert gewaltigen Krieg bis zum äußersten“, „Churchill fordert zum Aufbruch in Deutschland auf“ und „England will kämpfen, solange seine Kräfte reichen.“

Als Gegenstück zu der Churchill-Rede veröffentlichen die meisten dänischen Blätter in großer Aufmachung die Goebbels-Rede aus dem Ostam-Verien, die wegen ihrer Stellungnahme zu dem Münchener Attentat besonders starke Beachtung findet.

Banikmache mit Hintergründen

Der unverkämte englische Druck auf Belgien und Holland

(Drahtbericht unseres Vertreters in Brüssel)

Brüssel, 15. November.

Das „Pays Réel“ stellt die Frage, ob die Banikmache, die in den letzten Tagen in Belgien entfesselt worden sei, nicht bestimmte Absichten verfolge. Sie sei von gewissen ausländischen Agenten und Kriegsgeheimen geleitet worden, die Belgien und Holland in den Konflikt hineintreiben wollten. Die englisch-französische Presse habe die unglaublichen Falschmeldungen geleitet und Europa förmlich mit Zeitungsseiten über die Gefahren, die den beiden kleinen Nordseestaaten angeblich drohen sollten, bombardiert. Zu viele Leute, zu viele Länder — schreibt das Blatt — haben ein Interesse daran, uns zu unüberlegten und entscheidenden Handlungen zu treiben. Wir haben

jedoch nicht das Recht, uns ohne streng nationale Gründe zu einem zweiten Polen, einem zweiten Varenlager für Kanonenfutter machen zu lassen.

Mit welchen Mitteln die Engländer einen Druck auf Belgien herbeiführen versuchen, ergibt sich daraus, daß die britische Botschaft in Brüssel alle in Belgien anhängigen englischen Staatsangehörigen aufforderte, das Land zu verlassen. Diese Aktion hat in Brüsseler politischen Kreisen einen höchst peinlichen Eindruck hervorgerufen. Die englische Propaganda scheint nicht einmal davor zurück, Gerüchte in die Welt zu setzen, die die Stellung des Kabinetts hierher erschüttern sollen, indem sie behauptet, daß der bevorstehende Parlamentszusammentritt eine Ministerkrise auslösen werde. Die „Libre Belgique“ sieht sich daher zu der Feststellung veranlaßt, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise einer Katastrophe gleichkommen werde.

Wozu so viel Geld?!

(Drahtbericht unseres Vertreters in Brüssel)

Brüssel, 16. November.

Dem „Bingtieme Siecle“ zufolge soll sich die französische Regierung mit der Absicht tragen, binnen kurzem einen sogenannten Informationskommissar nach Brüssel zu entsenden. Dieser Kommissar, dessen Aufgaben wohl nicht näher gekennzeichnet zu werden brauchen, soll den Gang eines Gesandten erhalten. Für den Posten ist der Pariser Rechtsanwalt Torres auszuwählen. Er dürfte mit sehr großen Finanzmitteln ausgerüstet werden. Das „Bingtieme Siecle“ spricht von drei Millionen Franken monatlich.

Verlorenes Spiel

Die letzten Ereignisse im Fernen Osten haben Klarheit darüber geschaffen, daß die von England gewünschten und mit verzweifelter Zugeständnissen angestrebten Gespräche über den Tientsin-Fall und damit über den ganzen Komplex britisch-japanischer Spannungsmomente nicht wieder aufgenommen werden. Damit ist Englands Versuch, sich im Fernen Osten die Rücken freizumachen, gescheitert, ebenso wie die auf einen Ausgleich mit Washington gerichtete Außenpolitik des japanischen Außenministers Admiral Nomura.

Die Klärung im Verhältnis USA.—Japan — gleichbedeutend mit der Nichterneuerung des im Januar ablaufenden Handelsvertrages — beschließt eine Waje japanischer Politik, und die Nachricht von dem neuen Uebereinkommen mit Moskau läßt die neue Richtung der japanischen politischen Aktivität erkennen. Diese Entwicklung zeigte ihre ersten sichtbaren Anzeichen, als Reichsminister von Ribbentrop nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages auf dem Moskauer Flugplatz eine Bemerkung über Aussichten und Notwendigkeit einer japanisch-russischen Klärung machte. Schon damals ließ es sich die britische Diplomatie und die Presse mit großem Eifer angelegen sein, die Schließung der offenen Wunde im Fernen Osten zu verhindern und diesen für die Londoner Politik so nützlichen Gefahrenherd zu erhalten. In der Tat war es ja in der Hauptsache England, das aus den Reibungen in Ostasien am meisten profitierte.

Im Grunde trafen in den weiten Räumen des alten chinesischen Reiches schon vor dem Weltkrieg die Interessen Japans und Englands aufeinander. Diese Gegensätze prallten dann nach 1931, als Japan in der Mandchukurei aktiv wurde, scharfer aufeinander und waren in den letzten Jahren — auch nach der vorübergehenden, mit dem Verlauf der ostindischen Bahn am Mandchukurei im September 1934 eingeleiteten Entspannung — weit davon entfernt, übermunden zu sein. Die Amurgrenze, 1860 als Scheidewand zwischen China und Rußland gezogen, blieb ein Unruheherd, der Streit um Inseln, die der sein Bett dauernd wechselnde Strom entstehen ließ, führte zu immer heftigeren Zwischenfällen, in die auf jeder Seite immer größere Truppenmengen eingriffen.

Diesem ständigen Krieg soll jetzt ein Ende gemacht werden. Auf die jüngste Fühlungnahme zwischen Tokio und Moskau aufbauend, wird hier die in Tschita und später in Chargin tagende Konferenz ein dankbares Betätigungsfeld finden und eine Arbeit in Angriff nehmen, die über die lokale Grenzfestlegung hinaus ein Schritt zu einer Generalregelung der fernöstlichen, zwischen der Sowjetunion und Japan stehenden Fragen führen kann. Daß dies die Absicht beider Parteien ist, bezeugt die Tatsache, daß auch die beiden weiteren Konfliktsquellen beseitigt werden sollen, der Streit um die japanischen Konzessionen in Nordasien und um die Fischereirechte Japans in russischen Gewässern.

Die Schwierigkeiten der japanischen Konzeptionen auf russischem Gebiet hatten in den letzten Jahren zum Teil Formen angenommen, die die Kohlen- und Delverversorgung Japans aus diesen für seine Wirtschaft so wichtigen Gebieten gefährdeten. Einmal standen arbeitsrechtliche Fragen zwischen den sowjetrussischen Gewerkschaften und den japanischen Werklern, dann wieder waren die Kontrollbefugnisse der Sowjetbehörden Anlaß zu Mißverständnissen, kurzum, die Atmosphäre war mit Zündstoff übersättigt, und jener neue Streit trug das Seinige zur weiteren Verschärfung des Konfliktes bei.

Nicht viel anders war es bei den Auseinandersetzungen um die Fischereirechte, die Japan seit 1875 in den nördlichen russischen Gewässern und an den sibirischen Küsten innehatte. Wenn man bedenkt, daß in dem im Küstengebiet angelegten Konservenfabriken und an Bord der Fischdampfer nicht weniger als 30 000 Japaner arbeiten, und daß die Fische dieser Gewässer zur Volksernährung wie zur denfendenbringenden Ausfuhr in gleicher Weise wichtig sind, so wird die Bedeutung dieser Rechte Japans ersichtlich. Da mit dem Ende dieses Jahres auch die im Frühjahr unter großen Schwierigkeiten verlängerte Fischereikonvention

von 1928 abläuft, ist hierin eine neue Vereinbarung gerade jetzt fällig geworden.

Es sind nicht die Einzelstrafen, die dem jüngsten Übereinkommen zwischen den beiden Großmächten ihre weitreichende Bedeutung zuweisen, sondern das Grundsätzliche dieser Fühlungsnahme. Und das besagt, daß auch das Blut, das von beiden Parteien am Amur vergossen wurde, in Wahrheit hauptsächlich für England geflossen ist, für die Interessen eines Landes, dessen Politik es von jeher verstanden hat, die Rolle des lachenden Dritten zu suchen und zu finden. Heute will es allerdings an mehr als einer Front so scheinen, als wenn aus dem lachenden Dritten der geschlagene Dritte geworden ist. Der Abmarsch der englischen Garnisonen aus Nordchina — die jüngste entscheidende Niederlage Londons — stellt ebenfalls nichts anderes dar, als eine völlige Umwandlung der Machtverhältnisse im Fernen Osten, die auf der ganzen Linie durch den Rückzug John Bulls charakterisiert ist.

Sonderbüro M. 1. 5

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 15. November

Der berüchtigte britische Geheimdienst, der durch das Verbrechen in München wieder von sich reden machte, ist eine ziemlich komplizierte Organisation, die sich aus verschiedenen Büros und Sonderabteilungen englischer Ministerien zusammensetzt. Man muß zunächst unterscheiden zwischen „Intelligence Service“ und „Secret Service“. Der erstere bedeutet hauptsächlich den militärischen Nachrichtendienst und den Spionagedienst. Unter dem Secret Service wird dagegen der aktive Spionagedienst Englands in anderen Ländern verstanden. Das große englische Nachschlagewerk „Oxford Dictionary 1936“ sagt dazu sehr treffend: „Es sind die der Regierung geleisteten Dienste, deren Charakter der Geheimhaltung nicht entzogen werden kann, für die aber aus einem besonders bereitgestellten Fonds Zahlung geleistet wird.“

Der Secret Service besteht aus vier Abteilungen mit je einem Chef an der Spitze, nämlich die Marineabteilung unter Admiral Godfrey, die Armeeabteilung unter Generalmajor Pownall und die Abteilung der Luftwaffe unter Gruppenkapitän Buß. Diese drei Abteilungen beschränken sich in der Hauptsache auf ihre militärischen Spezialgebiete. Die wichtigste Abteilung des Secret Service ist aber die vierte, die dem auswärtigen Amt angegliedert ist und der alle die vielen neben- und hauptamtlichen politischen Agenten Englands im Ausland unterstehen. Offiziell wird diese Abteilung, die man als Geheimdienst im engeren Sinn bezeichnen kann, von dem ständigen Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt geleitet. Gegenwärtig ist das Sir Alexander Cadogan. In Wirklichkeit hat gerade diese Abteilung einen besonderen Chef, dessen Name streng geheim gehalten wird, mit sehr weitreichenden Vollmachten. Man geht wohl kaum fehl, wenn man ihn unter den Rabinetsmitgliedern selbst oder unter den Lords des Oberhauses sucht.

Diese vier Abteilungen des Secret Service zerfallen wieder in je zwei Untergruppen, von denen sich die eine mit der Spionage, die andere mit Spionageabwehr befaßt. Die Armeeabteilung unter Generalmajor Pownall ist als das berüchtigte „Sonderbüro M. 1. 5“ im Kriegsministerium bekannt. Sie arbeitet besonders eng mit der politischen Abteilung des auswärtigen Amtes zusammen.

Diesem Büro sind zweifellos alle die Torpedierungen des Friedens der letzten Jahre zuzuschreiben, angefangen von dem plötzlichen Tod Königs Karls I. von Rumänien, über die tschechische Mobilisierung Mitte Mai 1938 bis zu dem Münchener Attentatsverbrechen. Ein besonderer Trich der englischen Propaganda bestand immer darin, die nicht mehr zu leugnende Existenz und verbrecherische Tätigkeit des Geheimdienstes so darzustellen, als ob sie völlig unzulänglich sei und von den entsprechenden Organisationen anderer Länder weit in den Schatten gestellt werde, ein Dreh, auf den heute die Welt nicht mehr hereinfällt, wie das völlig eindeutige Echo auf die ruchlose Untat im Münchener Bürgerbräukeller zeigt.

**Bessere Cigaretten
bedacht genießen!**

ATIKAH 5A

Fliegerangriff gegen Schellandinseln

Berlin, 15. November.

Das Oberkommando der Wehrmacht gab Dienstag bekannt:

Bei nur geringer Spähtrupp- und Artillerietätigkeit verlief der gestrige Tag an der ganzen Front ruhig.

Trotz ungünstiger Wetterlage unternahm am 13. November ein deutscher Kampffliegerverband einen Angriffsflug gegen die Schellandinseln. Hierbei wurden zwei Flugboote zerstört.

Ein vermutlicher Treffer gegen einen englischen Kreuzer konnte mit Sicherheit nicht beobachtet werden. Die eigenen Flugzeuge kehrten sämtlich wohlbehalten wieder zurück.

Oberamtmann Schmeidl gestorben

Ein weiteres Opfer des Münchener Mordanschlages

München, 15. November.

Montagabend erlag der bei dem Attentat im Bürgerbräukeller schwer verwundete Parteigenosse Oberamtmann Michael Schmeidl, München-Solln, seinen Verletzungen.

Mit Oberamtmann Schmeidl ist ein alter und bewährter Kampfgenosse des Führers dahingegangen, der ihn im Jahre 1923 auf seinem Marsch zur Feldherrnhalle begleitete. Mit ihm im Kreis seiner Kameraden saß Parteigenosse Schmeidl am 8. November in der vordersten Reihe des Bürgerbräukellers. Als dann durch den teuflischen Anschlag die Versammlungsstätte zusammenstürzte, wurde Schmeidl von den Steinen, Balken und Trümmern verschüttet. Sein alter Kampfgefährte Kaiser, der noch in der gleichen Nacht an den Folgen des Attentats starb, befreite den Schwerverletzten in vorbildlicher Kameradschaft aus seiner furchtbaren Lage. In der Chirurgischen Klinik war sein Krankenlager das erste, das Gauleiter Adolf Wagner bei seinem Besuch am vergangenen Freitag aufgesucht hatte. In bewegten Worten gab Schmeidl, der durch eine Nephrektomie dem Erblinden nahe war, sei-

ner Freude über den Besuch Ausdruck, gleichzeitig aber auch seiner Dankbarkeit darüber, daß die Verletzung den Führer gerettet hat. Seine glücklichste Stunde aber erlebte der schwerverwundete Parteigenosse, als der Führer selbst tags darauf sich nach dem Befinden der verletzten Kameraden am Ort und Stelle erkundigte.

Nun ist auch Michael Schmeidl zur Standarte Horst Wessel abberufen worden. Alle ärztliche Kunst konnte das Leben dieses vorzüglichen Kameraden und prächtigen Menschen, der sich trotz seines hohen Alters an Liebe und Einfachheit für den Führer von niemand überbieten ließ, nicht mehr retten. Die Nachricht von seinem Ableben wird im ganzen deutschen Volk herzliche Anteilnahme und schmerzvolle Trauer auslösen. In Ehrfurcht neigen wir uns vor dem Toten, der ebenso wie seine sieben Kameraden sein Leben für den Führer und für Deutschland geopfert hat. Sein Grab aber wird zu einer neuen furchtbaren Auflage gegen die Attentäter und deren Hintermänner, die mit ihrem Anschlag vom 8. November das ganze deutsche Volk getroffen haben.

Maueranschläge trotz Strafen

Belgische Beobachtungen über die Stimmung in Frankreich

(Drahtbericht unseres Vertreters in Brüssel)

Brüssel, 15. November.

Eine der angesehensten belgischen Wochenzeitschriften, „Cassandre“, veröffentlicht einen Augenzeugenbericht über die Stimmung in Frankreich, der nicht nur vollumfänglich, sondern auch durch neue ergänzt, in jeder Beziehung mehr als ausreichend ist. Der Kampf auf der inneren Front, schreibt der Pariser Berichterstatter des Blattes, sei weit davon entfernt, beendet zu werden. Er habe sich vielmehr in den letzten Wochen vertieft und sei auch dort wieder aufgelebt, wo die drakonischen Maßnahmen der französischen Regierung erste Anfangserfolge erzielt hatten. Während die unterirdische Agitation sich zunächst auf gewisse Gebiete und auf die Partierbannmeile beschränkte, greife sie jetzt auch auf Paris selbst über und habe bereits Anlauf zu zahlreichen Zwischenfällen genommen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sogar in offiziellen Kreisen Unterstützung finden, zum

Beispiel sei es der Polizei unmöglich, die Maueranschläge zu unterdrücken, die trotz strengster Überwachung selbst im Regierungsviertel vorkommen.

Mit Flugblättern werde Paris geradezu überflutet. Sie finden sich in Briefkästen, an Haustüren, Untergrundbahnhöfen, in den Omnibussen und Cafés. Die verbotenen Zeitungen, wie die „Humanité“ und der „Ce Soir“, würden überall verteilt. Der schwächste Punkt der moralischen Front Frankreichs aber finde sich in den Départements, in welche zu Jehntausenden die Elässer und Pariser abgeschoben worden seien.

Das dunkle Bild, das der belgische Augenzeuge von der Stimmung in Frankreich entwirft, wird indirekt bestätigt durch eine Rundfunkansprache, die der französische Informationsminister Girardoux hielt. Frankreich, so erklärte er, werde nach diesem Kriege vielleicht nicht mehr reich sein. Der Minister beleuchtete damit einen der Hintergründe des Kampfes, der gegenwärtig in Frankreich ausgefochten wird.

Neues britisches Druckmanöver

Drohungen gegen die neutrale Schifffahrt - England bestimmt die Preise

(Von unserem Vertreter in Kopenhagen)

Kopenhagen, 15. November.

Im Rahmen der planmäßigen englischen Verleumdungen, die neutralen Länder und besonders die neutrale Schifffahrt mit allen Mitteln brutalen Terror einzuflößen und England dienstbar zu machen, unternahmen die „Times“ ein neues Erpressungsmanöver. Der Schiffsverkehrsminister des Blattes, der als Sprachrohr des Admiralsministeriums tätig ist, veröffentlicht eine Abhandlung über das Verhältnis zwischen britischen und neutralen Reedereien, die alle Welt über die Tätigkeit und das Vordringen der neutralen Schifffahrt während der letzten Jahre zugleich mit dem Verger über die jegliche Abhängigkeit Englands von der neutralen Schifffahrt offenbart. Die englischen Schiffsreederei und Seelenleute seien, so schreibt er, sehr wachsam darüber, in welchem Ausmaße neutrale Reedereien unter den neuen Verhältnissen Fahrten für England und die Alliierten ausführen. In den letzten Jahren habe sich die englische Schifffahrt zunehmend verdrängt aus dem Weltmarkt gesehen durch die Senkung der Frachtraten bei ausländischen Reedereien, die niedrigeren Ausgaben besonders für Lohn und durch andere Vorteile gehabt hätten.

Das Ausmaß, in dem neutrale Reedereien und Seelenleute jetzt bereit seien, Fahrten für die Alliierten fortzusetzen, und die Angemessenheit in ihren Frachtforderungen müßten als Probe ihrer Zuverlässigkeit gegenüber der englischen Seepolitik betrachtet werden. Lange hätten, so fährt das englische Blatt in seinen Vorhaltungen fort, ausländische Reeder frei an der Linien-Schifffahrt der Alliierten teilnehmen

können, selbst auf solchen Routen, auf denen die alliierten Reedereien entsprechend ihrem Anteil am Handel mit Recht eine Bevorzugung hätten verlangen können. Schon vor Jahren hätten englische Reedereien und Seelenleute eine Begrenzung der Tätigkeit ausländischer Reedereien gefordert, weil sie Knappheit an neutraler Tonnage und starkes Steigen in den neutralen Frachtraten für den Fall eines Krieges befürchteten hätten.

Nach einem Klagespiel um Verluste kommt die offene Drohung: Die „Times“ erklären, nachdem vor dem Kriege englische Routen den ausländischen Handelsflotten offen gelassen worden seien, hätten nunmehr die Befugnisse der Regierungen verfallen, daß neutrale Tonnage mit Vorteil und ohne übertriebene Ankosten auf britischen Routen für Kriegszwecke verwendet werden könnten. Die praktische Entwicklung während des Krieges werde einen Wegweiser für die künftige englische Seefahrtspolitik bilden. Wenn festgestellt werden sollte, daß England sich auf die neutrale Schifffahrt in Kriegszeiten nicht verlassen könne, werde die englische Seefahrt die Überzeugung gewinnen, daß eine vollständige Neuorganisation der Politik für Friedenszeiten baldmöglichst erfolgen müsse.

Das Ganze bedeutet: England droht, wenn sich die Neutralen jetzt nicht willfährig und zu den von England festgelegten Preisen zur Verfügung stellen, so sollen die neutralen Reeder künftig aus dem Verkehr auf den Weltmärkten überall dort, wo es England nicht paßt, verdrängt und insbesondere aus den von England beanspruchten Verkehrsflächen hinausgeworfen werden.

neuen Beweis dafür, daß selbst bei den Weltmächten Genf gegenüber keine einheitliche Auffassung besteht. Die Engländer befürchteten in Genf vor allem einen Kontakt mit den Russen. Englische Kreise, die die Liga nicht eingehen lassen wollten, befürchteten, daß „polnische und tschechische Vertreter“ die letzten Ligitrimmer hätten in die Luft sprengen können. Die Franzosen dagegen wollen immer weniger von der Liga wissen. In Frankreich wird — wie dies auch aus der Presse hervorgeht — eine Strömung immer stärker, die verlangt, daß auch Frankreich seine Zahlungen an die Liga einstellen soll, auch wenn sie ihr Budget um ein Drittel, verglichen mit dem Vorjahr, vergrößert hat. Dagegen ermuntern die Briten die Franzosen, sie hier doch nicht im Stich zu lassen.

Der gichtgekrümmte Chamberlain

(Von unserem Vertreter in Kopenhagen)

Kopenhagen, 15. November.

Die Ärzte, die den englischen Ministerpräsidenten Chamberlain untersuchten, erklärten nach einer Londoner Reutersmeldung, daß Chamberlains Gicht wesentlich besser und sein Allgemeinbefinden ausgezeichnet sei, daß die Gicht ihn jedoch noch immer daran hindere, aufrechtzustehen.

„Vernichtung Deutschlands!“

Die Staatsoberhäupter von England und Frankreich haben auf die gemeinsame Initiative der Königin der Niederlande und des Königs der Belgier geantwortet. Über ihre Antwort hat nichts gebrannt, was man als einen neuen Ton, einen neuen Gesichtspunkt, einen konstruktiven Anlauf, ja auch nur als ein Anzeichen des guten Willens auslegen könnte.

Die britische Antwort hatte ja eigentlich der englische Außenminister Lord Halifax mit seiner herausfordernden Rede gegeben, die er kurz nach dem Empfang des belgisch-holländischen Angebots gehalten hat. Bekanntlich war diese Rede nichts anderes als ein Durcheinander von willkürlichen Verdrehungen, entstellten Wiederholungen von Tatsachen und im ganzen nicht mehr als ein schwacher Versuch, die geschichtliche Schuld an diesem Kriege von den Schultern der verantwortlichen Kriegstreiber abzuwälzen.

An dieser faktischen Torpedierung des Vermittlungsangebotes der neutralen Staatsoberhäupter hat die formale Antwort König Georgs nichts geändert. Daß dazu auch nicht der Wille bestand, geht eindeutig aus der Tatsache hervor, daß sich das Schreiben König Georgs ausdrücklich auf die ablehnenden Stellungnahmen und Erklärungen seiner Minister beruft.

Dieser nach wie vor maßgebliche Geist in London war es auch, der in den ersten Kriegstagen die Initiative des Duce durch seine von dem Willen zur Provokation und zum Krieg um jeden Preis getragene Stellungnahme zum Scheitern verurteilte, obwohl die französische Regierung ihre Zustimmung bereits gegeben hatte.

Es bestritt sich also in der neuesten Dokumentation der britischen Politik der unbedingte Wille zur Fortsetzung des Krieges und das Bestreben, in der Welt und im eigenen Volk falsche Vorstellungen von den wirklichen Verantwortlichkeiten zu erwecken.

Die Männer, die die Vernichtung Deutschlands seit Jahren vorbereitet, in unablässiger Kleinarbeit ausgearbeitet und den Anlauf zum Kriegsausbruch mit einer beispiellosen Brutalität erzwungen haben, sind, wie die offizielle Antwort des englischen Königs beweist, weit davon entfernt, ihren Krieg und seine verbrecherischen Ziele aufzugeben.

Und diese Männer sind es, die allein die Politik des Empires bestimmen. Ihnen wird einst die Geschichte das große „Schuldig!“ ausrufen, und das jüngste Dokument britischen Zerstörungswillens wird ein Glied in der Kette der Beweise sein.

Zuchthaus wegen Meuterei

(Von unserem Vertreter in Kopenhagen)

Kopenhagen, 15. November.

In Tilburg hat sich ein neuer schwerer Fall von Meuterei auf einem englischen Schiff ereignet, dessen Besatzung sich weigerte, ohne ausreichende Gefahrenzulagen die vermehrten Risiken des Seefrieges zu laufen. Sofort nach Eintreffen des Schiffes in dem Hafen ging Polizei an Bord. Nicht weniger als achtzig Mann der größtenteils malaisischen Besatzung — es handelt sich offenbar, obwohl der Name des Schiffes geheimgehalten wird, um ein großes Schiff des Ostafrikanistikums — wurden verhaftet und in das Innere des Landes gebracht. 78 Mann wurden zu je einem Monat Zuchthaus verurteilt wegen Mißverhaltens gegen den Kapitän. Die Besatzung hatte bereits 25 Prozent Kriegszulage erhalten, verlangte aber eine Erhöhung, weil sie gehört hatte, daß auf anderen Schiffen gleiche Forderungen durchgegangen seien. Das drakonische Vorgehen der Gerichte soll offenbar den unter den ausländischen Besatzungen englischer Schiffe schwebenden Lohn- und Unzufriedenheitsbewegungen energisch vorbeugen.

Einmarsch in Litauen

Kowno, 15. November.

Der Einmarsch der sowjetrussischen Truppenkontingente hat in der in dem sowjetisch-litauischen Beistandspakt vom 10. Oktober vereinbarten Form in der Nacht zum Dienstag begonnen. Zunächst sind in der litauischen Stadt Ilytus Artilleriekommandos mit einem großen Kraftwagenpark eingetroffen und haben die dort seit dem 1. November bereits stehenden litauischen Kasernen und sonstigen staatlichen Gebäude bezogen. Auf diesem Platz soll eine Garnison in Stärke von 4000 bis 4500 Mann stationiert werden.

Portugal löst seine Währung

Lissabon, 15. November.

Portugal hat seine Währung jetzt ebenfalls vom Kurs des englischen Pfundes losgelöst und die Ausrichtung nach dem Dollar vollzogen. In einer Mitteilung des Finanzministeriums heißt es, in Anbetracht der Ungleichheit der Notierung von Dollar und Pfund an den Börsen London und New York und der daraus folgenden Haussee der nicht an den Sterlingblock gebundenen Währungen hätten sich die Regierung und die Bank von Portugal über vorbereitende Maßnahmen verständigt, um eine Währungsverschlechterung zu vermeiden, die folgenreiche Rückwirkungen auf die Lebenshaltung des portugiesischen Volkes haben könnte. An der Lissaboner Börse wurde das englische Pfund Dienstag nur noch mit 108,35 notiert gegen 110,20 am Montag.

Petroleumfeld in Flammen

Amsterdams, 15. November

Nach hier vorliegenden Meldungen aus Caracas (Venezuela) ereignete sich in einem Petroleumfeld bei La Guinillas eine schwere Brandkatastrophe. Die Zahl der Opfer soll sehr hoch sein.

La Guinillas liegt in der Nähe von Merida, südlich der Meeresbucht von Maracaibo. Einzelheiten des Unglücks sind noch nicht bekannt. Eine Meldung besagt, daß dreihundert bis fünfhundert Menschen ums Leben gekommen seien.